

II- 6627 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3275/J

1989-02-20

A N F R A G E

der Abgeordneten Eigruber, Dr. Partik-Pablé
an den Bundesminister für Inneres
betreffend meldebehördliche Überprüfungen anlässlich miß-
bräuchlicher Inanspruchnahmen von Arbeitslosengeld durch
ausländische Arbeitslose

Im Dezember 1988 wurde das Arbeitsamt Linz in Kenntnis gesetzt, daß - im Zuge einer meldebehördlichen Überprüfung zahlreiche jugoslawische Bezieher von Arbeitslosengeld an zwei Adressen in Traun und Leonding gemeldet seien, obwohl diese Quartiere - nach Auffassung der Meldebehörde - nicht geeignet wären, diese Personenzahl auch tatsächlich aufzunehmen. Weitere Kontrollen in Vorchdorf (rund 500 gemeldete Türken) und ein Bericht in der ZiB 1 (4.2.1989) über ähnliche Vorfälle in Kärnten lassen das wahre Ausmaß dieser geübten Praxis nur erahnen.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

A n f r a g e :

1. Wie konnte es aus meldebehördlicher Sicht zu dieser - in so großem Ausmaß - geübten Praxis kommen?
2. Haben Sie diese Vorfälle zum Anlaß genommen, bundesweit strengere Kontrollen der Melderegister durchzuführen und, wenn ja, mit welchem Ergebnis?

- 2 -

3. Welche Maßnahmen sind anlässlich dieser Vorfälle seitens Ihres Ressorts geplant, um derartige mißbräuchliche Inanspruchnahmen von Arbeitslosengeld meldebehördlich zu unterbinden?